

Freie Träger suchen Anerkennung

TX: ziz. DARMSTADT. Die ungezählten Initiativen und Institutionen, die sich seit den siebziger Jahren als freie Kultureinrichtungen unter dem Begriff "Soziokultur" etabliert haben, führen in der Wahrnehmung der Kulturpolitik eher ein Schattendasein. Zumindest wird dies von denjenigen so gesehen, die sich hier haupt- oder nebenberuflich, aber mit viel Kreativität und Zeitaufwand engagieren. Auf einen hauptamtlich und damit bezahlten Mitarbeiter kommen im Schnitt zwölf Ehrenamtliche; ohne diese gäbe es kaum eine der kleinen freien Bühnen, Kabarett, Kulturzentren und soziokulturellen Zentren.

"Soziokultur zwischen Ehren- und Arbeitsamt" - so beschrieb eine Tagung am Samstag den kritischen Blick der Betroffenen auf die eigene Situation. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren in Hessen wollte mit der Tagung vor allem Politiker erreichen, und bei ihnen um mehr Anerkennung werben.

Der Ursprung der Soziokultur in den siebziger Jahren lag in der sogenannten Achtundsechziger-Bewegung. Sie war, wie der frühere Kulturdezernent der Stadt Nürnberg, Hermann Glaser, selbst Jahrgang 1928, aber nicht nur eine "Sache der jungen Leute". Im Gespräch mit Margarete Goldmann, Vizepräsidentin der Kulturpolitischen Gesellschaft, sagte Glaser, es sei nie um ein "Entweder-Oder", sondern stets um das "Und" im Verhältnis von Soziokultur und etablierter Kultur gegangen. Es sei auch nicht nur um Etats gestritten worden, sondern auch darum, Räume zu schaffen, an denen Soziokultur sich ausbreiten könne. Mit dem Begriff Ehrenamt wollte Glaser schon gar nichts zu tun haben, den wollte er im Zusammenhang mit der Kultur "als semantischen Irrläufer" gleich "aus dem Verkehr ziehen". Denn unbezahlte Arbeit, die hier bis zur Selbstausbeutung geleistet werde, sei etwas anderes. Man dürfe das Ehrenamt nicht so professionalisieren, daß es mit einer Ausbildung verbunden werde.

Politik und Kultur sind für ihn ganz unterschiedliche Systeme: Politik wolle Probleme lösen, Kultur müsse Lösungen problematisieren. Nach derart griffigen Beschreibungen wurde Glaser auch konkret: Der Jazz als Kunstform habe es in der Nachkriegszeit nur über freie Kulturträger in Deutschland zur Anerkennung gebracht, und in den deutschen Museen gebe es heute zwar allerorten Museumspädagogik, doch die Museen stellten kaum inhaltliche Zusammenhänge zwischen ihren säuberlich getrennten Abteilungen her.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Nobert Lammert verwies auf die Verantwortung des Bundes in der Kulturpolitik. Als Beispiele nannte er die Novellierung des Urheberrechts und Bemühungen um eine Renovierung des Stiftungsrechts. Allerdings sei Politik nicht für Kultur

verantwortlich, sondern nur für die Bedingungen, unter denen diese stattfinden. Im Hinblick auf die Soziokultur könne und solle der Bund mit Modellvorhaben seinen Beitrag leisten. Leicht konnte Darmstadts Oberbürgermeister Peter Benz (SPD) nachweisen, daß die Kultur insgesamt und auch die freien Kulturträger in Darmstadt recht gut gestellt sind. Acht Prozent des Gesamtetats sind in Darmstadt der Kultur vorbehalten, rund 62 Millionen Mark im Jahr; davon geht allerdings der größte Teil in die anteilige Finanzierung des Staatstheaters. Doch immerhin vier bis fünf Millionen bleiben den freien Trägern. Die Städte seien der Soziokultur auch deshalb verpflichtet, weil Vielfalt ein Faktor für Lebensqualität sei.

Bei einer abschließenden Podiumsdiskussion über die landespolitische Verantwortung waren sich Landtagsabgeordnete, Funktionäre und Kulturschaffende einig, daß in Hessen mehr für Soziokultur getan werden könnte, wenngleich die Initiative der Landesregierung zur Anerkennung des Ehrenamtes Zustimmung fand.